

12/2015



10.12.2015

**dbb**  
**beamtenbund**  
**und tarifunion**

landesbund  
rheinland-pfalz

Adam-Karrillon-Str. 62  
D – 55118 Mainz

Postfach 17 06  
D – 55007 Mainz

Telefon 06131.61 13 56  
Telefax 06131.67 99 95  
[post@dbb-rlp.de](mailto:post@dbb-rlp.de)

verantwortlich:  
Malte Hestermann

## **Schluss mit Gewalt gegen Personal des öffentlichen Dienstes!**

### **Lilli Lenz fordert landesweite Anti-Gewalt-Strategie**

#### ***dbb rheinland-pfalz zu Gast bei den Mainzer Sicherheitsgesprächen der CDU-Landtagsfraktion***

Von der Landes- und Kommunalpolitik als Auftraggeber von Behörden- und Verwaltungshandeln fordert der dbb rheinland-pfalz einen übergreifenden Einsatz für mehr Respekt und Wertschätzung gegenüber dem öffentlichen Dienst und seinen Beschäftigten.

Prävention, Schutz vor und Hilfe nach Gewalt müssen aus Sicht der gewerkschaftlichen Spitzenorganisation verbessert und ausgeweitet werden.

„Nur so kann man der unsäglichen Gewaltbereitschaft beikommen, die leider in den Ämtern, Schulen, gegenüber Ordnungs- und sogar gegenüber Rettungskräften stark zunimmt“, so die dbb Landesvorsitzende Lilli Lenz am 10. Dezember 2015 im Rahmen der Podiumsdiskussion der Mainzer Sicherheitsgespräche der Fraktion der CDU im Landtag Rheinland-Pfalz.

Lilli Lenz verwies auf die vom dbb rheinland-pfalz tags zuvor mit der Landesregierung abgeschlossene Grundsatzvereinbarung zur zunehmenden Gewalt gegenüber Angehörigen des öffentlichen Dienstes: „Für uns geht es dabei um eine Selbstverpflichtung des Landes als Dienstherr und öffentlicher Arbeitgeber, sein Personal zu schützen und im Schadensfall nicht in der Opferrolle allein zu lassen – und zwar in allen Verwaltungsbereichen. Die Vereinbarung soll auch ein Muster sein für den kommunalen Bereich.“

Dienstherrn, Gewerkschaften und Betroffene seien sich grundsätzlich einig: Gewalt gegen Bedienstete wird auf keinen Fall toleriert und muss in jedem Fall geahndet werden. Prävention ist wichtig, damit Vorfälle gar nicht erst entstehen. Passiert doch etwas, braucht es aus dbb Sicht bessere Kontrolle und professionellen Umgang damit. Gewalt darf nicht heruntergespielt werden. Ihre Folgen für die Gesundheit des öffentlichen Personals müssen beachtet werden.

„Deshalb plädieren wir für einen engen Austausch zwischen Behördenleitungen, Beschäftigten und ihren Vertretungen zur Erarbeitung und Implementierung von Anti-Gewalt-Strategien zum Schutze der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter“, so die dbb Landeschefin.

Beleidigungen, Bedrohungen und körperliche Übergriffe seien inzwischen in fast allen Bereichen des öffentlichen Dienstes beim Kontakt Bürger-Behörde zu verzeichnen.

Lilli Lenz: „Das schlechte Verhalten von Angreifern können wir nicht ausbügeln, aber durch Offenheit, Entschlossenheit und Konsequenz können wir dazu beitragen, dass der Respekt gegenüber Amtsträgern wieder steigt, genauso wie das Verständnis für das Personal des öffentlichen Dienstes und seine Entscheidungen.“

Der dbb rheinland-pfalz begrüßt, dass die CDU-Landtagsfraktion das Thema „Gewalt gegen Personal des öffentlichen Dienstes“ immer weiter in den Fokus rückt.

pre  
s  
s  
e  
d  
i  
e  
n  
s  
t